



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

23.10.1931 (Nr. 136)



Grandis Programm

13000 Soldaten suchen Arbeit

Terror in Goslar und Hannover

Was will die Bremer Volkspartei

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen Herausgeber: Kurt Thiele Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele, Geschäftsstelle und Redaktion: Papentor 15 Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 2587

Die LWZ erscheint jeden Freitag zu 1.50 Pfg. frei Haus, durch die Post zu 1.60 Pfg. Beiliegend. Der Bezugspreis ist im Voraus zu zahlen. Bei Betriebsänderung, Einzel, Vertiefung, Auslieferung und bei der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises

Anzeigenberechnung: hiesige die 10 gelp. Romp. Zeile RM 0,25, auswärts RM 0,30, im Zeitteil die 5 gelpollene Zeile RM 1,— auswärts RM 1,25, Stellenangebote u. Kommissar-Anzeigen RM 0,10 kleine Anzeigen RM 0,15. Platzverpflichtungen ohne Verbindlichkeit

Laval hekt gegen Deutschland

Sicherheit über alles

New York, 22. Oktober. Der Staatskutter der Stadt New York, „Macon“, der Laval ans Land brachte, wurde von einer großen Zahl von Marine- und Armee-Flugzeugen begleitet. Sämtliche Dampfer im Hafen begrüßten das Fahrzeug mit Sirenengeheul, während die Batterie den Salut von 19 Schuß feierte!

Bei dem folgenden Empfang auf dem Rathaus sprach Laval dem Bürgermeister Walker seine Bewunderung für die Stadt New York aus und ging dann des näheren auf seinen Besuch ein, der seine Vilgerfahrt abschließen, die in London begonnen und dann nach Berlin geführt habe. Er habe dabei immer das Ziel im Auge gehabt, zur Behebung der Krise beizutragen. Frankreich sei friedliebend und die Behauptung ganz abwegig, daß es die Vorherrschaft in Europa anstrebe. (!) Aber die Geschichte seiner Vergangenheit mahne Frankreich zur Vorsicht und zwingt es dazu, auf Sicherheit ganz besonderen Wert zu legen. Diese Sicherheit aber dürfe nicht nur in Worten zum Ausdruck kommen, sondern müsse planmäßig organisiert werden, (d. h., Deutschland muß geteilt werden). Amerika, so fuhr Laval fort, habe der internationalen Verbundenheit in großzügiger Weise gedient. Seine Entwicklung aber sei jetzt ebenso wie bei anderen Völkern durch eine ernste Krise unterbrochen. „In einer von Zweifeln zerrissenen Welt müssen unsere beiden großen Demokratien gemeinsam nach Methoden suchen, die die Ruhe und das Gleichgewicht wieder herstellen und müssen diese Methoden wirksam anwenden.“ (!)

In Zuversicht und Vertrauen wünsche ich, mit dem amerikanischen Volk in engere Berührung zu kommen. Ich kenne seine Begeisterungsfähigkeit und weiß, daß es großmütiger Handlungen fähig ist. Mit seinem ausgeprägten Wirtschaftssinn und seinem edlen Idealismus wird es, wenn es notwendig ist, dem Ruf antworten, der von der Alten Welt herüberklingt. Ich spreche im Namen eines Landes, das entschlossen ist, seine Bemühungen mit denen Amerikas zu verbinden, um den Gefahren zu begegnen, die unsere Kultur bedrohen.“

Um 11.30 Uhr Ortszeit, reiste Laval nach Washington weiter, wo er gegen 5 Uhr nachmittags eintreffen und abends an dem Gala-Diner im Weißen Hause teilnehmen wird.

Von sehr gut unterrichteter Stelle verlautet, daß Hoover, der dem Entwurf der offiziellen Rede Laval's vor zwei Tagen durch Funkpruch übermittelt wurde, dem Umfang nach um etwa ein Drittel beanstandete und seine Fortlassung veranlaßte. Es handelt sich dabei um Stellen, die dem Präsidenten wegen ihrer außenpolitischen Tragweite bedenklich erschienen. Bei den Franzosen hat diese Tatsache große Überraschung hervorgerufen und ein großes Befremden ausgelöst.

Außenpolitische Erklärung Laval's in Amerika

Paris, 22. Oktober. Die französische Mittagspresse meldet, daß sich Ministerpräsident Laval auf Einladung der Senatoren Clifu Root und John W. Davis bereit erklärt habe, am 26. Oktober vor dem Auswärtigen Ausschuss des Senats der Vereinigten Staaten eine Erklärung über die französische Außenpolitik abzugeben. Es handelte sich dabei um eine höchst interessante Rundgebung des Senats, der ausserordentlich gewillt ist, mit der Monroe Doktrin zu brechen und einen wichtigen Platz in der europäischen Brechen und Amerika einen wichtigen Platz in der europäischen Politik einzuräumen.

Misstrauensanträge im Preuß. Landtag abgelehnt

Berlin, 22. Oktober. Der Preussische Landtag lehnte am Donnerstag die deutschen nationalen und kommunistischen Misstrauensanträge gegen die preussische Staatsregierung, über die in einem Wahlgang abgestimmt wurde, mit 225 Stimmen der Regierungsparteien gegen 195 Stimmen der Opposition ab.

Berlin, 22. Oktober. Der Preussische Landtag lehnte am Donnerstag den kommunistischen Misstrauensantrag gegen den preussischen Innenminister Seevering mit 226 gegen 176 Stimmen ab.

In der nächsten Woche wieder Landtag.

Berlin, 22. Oktober. Der Preussische Landtag hatte bekanntlich die Absicht, sich am morgigen Freitag für einige Wochen zu verlagern. Da nun aber der von der Deutschnationalen Fraktion eingebrachte Misstrauensantrag gegen Minister Steiger nach der Verfassung binnen 14 Tagen erledigt werden muß, wird der Landtag voraussichtlich schon in der nächsten Woche zu einer neuen Tagung zusammentreten, um diesen Misstrauensantrag zu behandeln.

Polizei bei der NSDAP in Hannover

Hannover, 22. Oktober. Im Büro der Bezirksleitung Groß-Hannover der NSDAP erschien am Donnerstag eine Anzahl Kriminalbeamter in Begleitung eines Schupoaufsehers, um eine Durchsuchung vorzunehmen. Als nach Rücksprache mit dem Rechtsbeistand gegen die Durchsuchung der Räume Verwahrung eingelegt worden war, begann die Polizei mit der Beschlagnahme. Das gesamte Aktenmaterial wurde auf einem Lastwagen dem Gericht zugeführt. Die gleiche Aktion fand bei der Gaulleitung der SA-Gruppe Nord, beim Gauamt statt. Die Ursache des Vorgehens ist nicht bekanntgegeben. Die Untersuchung liegt in den Händen des Staatsanwalts.

Sturm auf SA-Heim in Goslar

Goslar, 22. Oktober. In der letzten Nacht fanden in verschiedenen Straßen der Stadt Ansammlungen statt. Mitglieder der Kommunistischen Partei, verstärkt durch Anhänger der umliegenden Ortschaften, versuchten in das neue SA-Heim in der Dorfstraße einzudringen. Vierzig bis fünfzig Mann stark gingen die Truppe gegen das nationalsozialistische Heim vor, das regelrecht belagert wurde. Dabei fielen von kommunistischer Seite mehrere Schüsse. Polizeiposten gab es Schreckschüsse ab und machten vom Gummiknüppel Gebrauch. Nach längerer Zeit wurde die Ruhe wieder hergestellt.

Für Rechtsregierung in Thüringen

Weimar, 22. Oktober. Die Gaue Thüringen und Saale-Thüringen des Stahlhelm haben den Rechtsparteien im Thüringer Landtag ein Schreiben zugehen lassen, in dem festgestellt wird, daß der Thüringer Stahlhelm nach eingehenden Beratungen über die politische Lage zu dem Entschluß gekommen sei, nach nicht ausschließlichen Vorbesprechungen seine Bemühungen fortzusetzen, um eine Regierung zu schaffen, die grundsätzlich und bedingungslos auf dem Boden der nationalen Opposition steht.

Grandis Berliner Programm

Berlin, 22. Oktober. Nachdem es der Regierung Brüning gelungen ist, zunächst im Amt zu verbleiben, haben sich die Minister fürs erste nach den Abstimmungsstrategien in Urlaub begeben. Der Reichskanzler selbst ist noch am Samstag in einen einwöchigen Erholungsurlaub abgereist. Er wird am Samstag, den 24. Oktober, in Berlin zurück erwartet, da er als Reichskanzler und gleichzeitig in seiner Eigenschaft als Außenminister die letzten Vorbereitungen für den Empfang des italienischen Besuches am kommenden Sonntag, den 25. Oktober, in Berlin treffen muß.

Wie bekannt, wird nur der italienische Außenminister Grandi in Berlin erwartet, während ursprünglich Mussolini selbst Neigung gezeigt hatte, die Reise nach Deutschland anzutreten. Der deutsche Votschafter in Rom, von Schubert, ist schon seit einigen Tagen in Berlin. Er wird bis zur Ankunft der italienischen Staatsmänner hierbleiben und mit den Berliner Stellen das Besuchsprogramm festlegen. Es finden die üblichen Frühstücke und Empfänge statt und zwar ist auch ein Empfang der italienischen Gäste beim Reichspräsidenten von Hindenburg vorgesehen, ebenso wie auch ein Ausflug in die Umgebung Berlins, falls das Wetter es zuläßt. Der italienische Außenminister Grandi wird mit seiner Gattin erwartet. Die Delegation zählt außerdem noch eine Reihe von Sachverständigen.

Die Besprechungen werden sich zunächst auf handels- und kreditpolitische Fragen beziehen, dann aber sich naturgemäß vor allem mit dem internationalen Schuldenproblem und der Abrüstungsfrage, wie auch im Anschluß an diese Sonderfragen eine allgemeine Aussprache stattfinden wird. Anschließend an die Berliner Besprechung tritt der italienische Außenminister eine Reise nach Washington an, wo er, ebenso wie gegenwärtig die Franzosen, die amerikanischen Staatsmänner über den italienischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage unterrichten soll.

Ein neuer Wahlsieg

Einen glänzenden Sieg hatte die erst vor kurzem gegründete nationalsozialistische Betriebszelle der Stettiner Straßenbahn bei der Betriebsratswahl zu verzeichnen. Es ergab sich:

Nationale Sozialisten (2 Stige)	179 Stimmen
Nationale Arbeiter (1 Stige)	137 Stimmen
Freie Gewerkschaften (6 Stige)	578 Stimmen

Das gute Abschneiden unserer Liste ist um so beachtlicher, als die Betriebszelle bei der Straßenbahn erst wenige Wochen vor der Wahl gegründet worden ist. Bemerkenswert für die allgemeine Flucht aus der tolerierenden SPD ist auch in diesem Fall wieder ein beachtlicher Verlust der „freien“ Gewerkschaften.

Auch in Berlin hat die Hb-Aktion bis jetzt beachtliche Erfolge gezeitigt. Nun gilt es, für den letzten Sturm auf die Betriebe alle Kräfte einzusetzen, um nach dem letzten bisher irreführenden Arbeiter endlich die Augen zu öffnen und ihn in die braune Front Adolf Hitlers einzureihen. „Ominöse“ Sklareitweisheit

Schon wieder ein neuer Ausschuss

Der kürzlich angekündigte „Wirtschaftsausschuss“, eine Anregung Herrn von Hindenburgs, ist gestern ins Leben gerufen worden. Am 29. Oktober wird der Ausschuss zum ersten Male zusammentreten.

Wachsende Flut von Zwangsversteigerungen

Die Zahl der Zwangsversteigerungen hat sich in den letzten Wochen in noch nicht vorhergesehenen Maße erhöht. In wenigen Tagen haben die Amtsgerichte der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen mehr als 20 Grundstücke zur Versteigerung ausgeschrieben.

Moskau will deutsche Bauern vernichten!

Zahlreiche Brandstiftungen in Ostpreußen

Königsberg, 14. Okt. Seit Einbringung der Ernte melden sich die Meldungen von Brandstiftungen in der Provinz. Bevorzugt scheinen Dörfer zu sein, die

in der Nähe von Städten

liegen. In erster Linie sind es Scheunen und Ställe, die in Flammen aufgehen. Allein am Dienstag wurden neun Brände gemeldet, die in der Mehrzahl auf Brandstiftungen zurückzuführen sind. Der Bevölkerung hat sich eine erhebliche Erregung bemächtigt.

In der Nähe von Königsberg brannte ein Anwesen völlig nieder. Ganz besonders schwer heimgegriffen scheint die Gegend um Rastenburg zu sein.

Außer in der Gemeinde Alt-Rohenthal hat es seit der Ernte fünfmal gebrannt.

Auf einem Gute wurden in der letzten Nacht zwei riesige Strohscheunen angezündet. In der gleichen Gegend gingen bei einem Besitzer Scheune und Stall in Flammen auf. Am Dienstagfrüh brannten ferner zwei Gehöfte nieder. Innerhalb von zehn Tagen ist dies die dritte Brandstiftung in der allernächsten Umgebung Rastenburgs.

Ähnliche Meldungen kommen aus dem Landkreis Allenstein. Dort wurden in der letzten Nacht drei Brände gemeldet, von denen zwei zweifellos auf Brandstiftung zurückzuführen sind.

Auch in der Gegend von Marienwerder wurde die Scheune und der Stall eines Besitzers niedergebrannt. Auch die Heidenburger Gegend wird von Brandstiftungen heimgegriffen. Es scheint, als läge Terrorakte vor, wobei es die Täter auf die Ernte abgesehen haben.

Der Bauer hofft ebenfalls auf Rettung durch Hitler

Alfred (Hann.). Auf Antrag der Gemeinde Kl.-Greden sollte in Greden die Zwangsversteigerung einer Kuh wegen rückständiger Gemeindesteuern stattfinden. Zu dieser Versteigerung hatten sich Hunderte von Menschen, insbesondere Landwirte, von weit und breit eingefunden. Da man Zwangsversteigerung befürchtete, war auch ein großes Aufgebot von Landjägern zur Stelle. Nach der Aufforderung zum Bieten herrschte allgemeine Stille. Schließlich bot die Versteigerung betreibende Gemeinde 300 RM. Da niemand weiter bot, sollte der Zuschlag erfolgen. Im gleichen Augenblick aber, als der Beamte den Zuschlag erteilen wollte, knallte ein Schuß und die Kuh fiel tot zur Erde. Der verzweifelte Besitzer der Kuh, ein angelegener Landwirt, hatte sein Tier erschossen. Er wurde verhaftet. Bei seiner Abfuhr zum hiesigen Amtsgericht hatten sich wieder große Menschenmassen angeammelt, die in Rufe: „Heil Hitler, Deutschland erwalde!“ oder in Pfuife ausbrachen. Die Stimmung der Bevölkerung war infolge dieses Ereignisses sehr erregt. Wie verlautet, wurde der Landwirt nach Vernehmung im Amtsgericht wieder auf freien Fuß gesetzt.

Sehe „deutscher“ Journaille gegen deutsche Offiziere in Südamerika

Der deutsche Gesandte a. D. in Buenos Aires, Schr. v. D. Buche, schreibt:

„Nach einem Haas-Kabel aus Berlin haben demokratische Presseorgane in Deutschland — Namen werden nicht angegeben — dagegen protestiert, daß deutsche Offiziere bei der Reorganisation des chilenischen Heeres tätig sind bzw. waren. Ich sage Ihnen, denn ich höre, daß ihnen von der chilenischen Regierung aus Sparmaßregeln angekündigt worden ist. Haas behauptet, daß die deutschen Zeitungen protestieren,

Glaref verschenkt Pelzmäntel

meister, ich bin Buchbinder, ich kann zwar ein Buch binden, aber keines führen.“

Das Gerücht bringt dann die Geschenke der Sklareks an städtische Beamte zur Sprache: Leo Sklarek meint dazu, das ganze System des Berliner Magistrats habe sie auf den Gedanken gebracht, den Beamten kleine Gefälligkeiten zu erweisen. Als er einmal bei seinem Bruder Max einen Pelzmantel für einen Magistratsbeamten geholt habe, habe ihm Max gesagt: „Häng Dich auf und gib ihm das ganze Ge.“ „Leo hält die Geschenke für bedenklich. Willy hält sie für unbedenklich, aber beide haben es nicht getan.“

Auf die Behauptung des Stadtbankdirektors Hoffmann, die Stadtbank habe an den Sklareks gut verdient, weil der Vorstehende darauf hin, daß das Sklarekgeschäft für die Stadtbank mit einem Verlust von 10 Millionen abgeschlossen habe. Bei der Erörterung der Kredite der Dresdner Bank an den Direktor Sonnabend von der Dresdner Bank eingegangen. Willy Sklarek behauptet, daß es sich um keine Geschenke, sondern um Darlehen gehandelt habe.

Die Verhandlung wird auf Freitag vormittag vertagt.

Beiräte Goldjünger

In einer Sitzung der Vertreter der wichtigsten am Ein- und Ausfuhrhandel beteiligten Verbände hat man sich mit den durch die Umstellung der englischen Währung aufgeworfenen vielseitigen Fragen befaßt. Zahlreiche kontinentale Lieferanten verlangten in britischer Sterling-Währung gebuchte Aufträge auf Goldwährung oder auf Goldrelation zu einer anderen Währung abzuändern und bezahlte zu erhalten. Nach eingehender, „angeregter“ Aussprache wurde beschlossen: „Es besteht weder ein Recht noch ein moralischer Anspruch, auf Abänderung der Währung für geschlossene Verträge bzw. auf Zahlung auf Goldbasis, es sei denn, daß beim Abschluß ein diesbezüglicher Vorbehalt zwischen den Parteien ausdrücklich vereinbart worden ist.“

„Am Gold hängt, um Gold drängt“ ... Keine bessere Charakteristik gibt es für die Vertreter des heutigen Wirtschafts- und Handelsystems. Im Baume des Goldes werden sie eines Tages seinen Fluch um so deutlicher spüren.

Scheitern der englisch-indischen Konferenz?

London, 22. Oktober. Ueber das Schicksal der englisch-indischen Konferenz herrscht bei den Vertretern der indischen Kommission großer Unentschieden. Einer Meldung der „Morningpost“ zufolge, haben mehrere Abgeordnete bereits Rückfahrkarten zum 13. November für das von Marseille abgehende Schiff bestellt. Lord Cranley, der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, soll einigen Mitgliedern vertraulich zu verstehen gegeben haben, daß sie getrost ihre Reisevorbereitungen zu dem genannten Zeitpunkt treffen könnten. Gandhi hat auf ein Telegramm des indischen Kongreßführers Nehru, der ihn um Rat über indische Angelegenheiten fragte, geantwortet, er solle die Maßnahmen treffen, die er für richtig halte, da von der englisch-indischen Konferenz nichts mehr zu erwarten sei.

Berlin, 22. Oktober. Zu Beginn der Donnerstag-Verhandlung beteuerte Leo Sklarek, daß er bisher stets die Wahrheit gesagt habe. Die Schuldigen seien ganz andere Leute. Das Gerücht solle nur einmal in der Wohnung von Max Sklarek einen Silberpokal befehlagnahmen, auf dem die Namen der wahrhaft Schuldigen stehen, eingraviert seien. Kieburg habe ihm durch die Wahragerin Frau Seider vergriffene Pillen in das Untersuchungsgefängnis geschickt, um ihn zu beseitigen.

Der Vorstehende macht darauf aufmerksam, daß die Pillen doch nur dazu bestimmt gewesen seien, die Brüder Sklarek haftunfähig zu machen. Es kommt auch der Versuch des Rechtsanwalts Punge, den drei Brüdern Sklarek während der Einzelhaft die 18 Punkte ihrer Verteidigung auf einem Zettel zukommen zu lassen, zur Sprache. Dabei sei auch Kognak mit in die Zelle gebracht worden.

Bei der Erörterung über die Ernennung von Stadtrat Gabel zum Aufsichtsratsmitglied der BAW, und der KVG, erklärt Gabel, daß die Beförderung der Aufsichtsratsposten souverän von Oberbürgermeister Böß durchgeführt worden sei und daß dabei niemals politische Einflüsse maßgebend gewesen seien. (1) Der Vorstehende sagt darauf zu Gabel, er hätte nach seiner Ernennung zum Aufsichtsratsmitglied zu Oberbürgermeister Böß sagen sollen: „Lieber Oberbürger-

weil diese Offiziere weiterhin Gehalt aus Deutschland bezögen und sie die Handelsinteressen Deutschlands kompromittierten.

Salls diese Offiziere und falschen Bemerkungen, über die Haas mit Genugtuung berichtet, nicht Erfindung der französischen Nachrichtenagentur sind, so sind die deutschen Presseorgane, die solches törichtes Zeug schreiben, falsch unterrichtet, denn

erstens beziehen die deutschen Offiziere in Chile, die der deutschen Armee nicht mehr angehören, kein Gehalt oder Pension aus Deutschland,

sondern werden nur von Chile befoldet, wie das auch in anderen Staaten der Fall ist, und zweitens schadet ihre Tätigkeit den deutschen kommerziellen Interessen keineswegs, sondern sie nützt denselben, denn die deutschen Offiziere genießen überall, wo sie tätig sind bzw. waren, großes Ansehen.

Die Franzosen bemühen sich auf alle Weise,

durch diplomatischen und anderen Druck, französische Offiziere in südamerikanischen Ländern unterzubringen. Sie sind sicherlich nicht der Ansicht, daß französische Offiziere ihren Handelsinteressen in jenen Ländern schaden. Dabei besteht zwischen französischen und deutschen Offizieren in Südamerika ein großer Unterschied. Die deutschen Offiziere machen keine Geschäfte für ihre eigenen Taten, wie das die französischen noch fast überall getan haben, wie z. B. in Peru, Brasilien und in anderen Ländern. Sie haben deshalb auch nie das hohe Ansehen genossen, wie die deutschen Offiziere, die peinlich vermeiden, etwas anderes zu tun, als ihren dienstlichen Aufgaben gerecht zu werden. Das war so zur Zeit des Kaiserreiches und ist, Gott sei Dank, auch unter der deutschen Republik geblieben.

Solche unrichtigen Äußerungen unserer Linkspresse, die wohl aus dem Haß gegen die deutschen Offiziere entspringen, sind nur geeignet, Wasser auf die Mühlen unserer Gegner zu leiten.“

Es wird wirklich höchste Zeit, daß den jüdischen Schmierfinken in unserer Presse gehörig auf die Finger geklopft wird. Dafür wird bald gejorgt werden.

Der Glaube an Deutschland

Aus dem Kapitel

Die große Schlacht in Frankreich

Auch nach Anbruch des Tages wird der Nebel nicht lichter. Wir schürren ungeniert im Straßengraben kleine Binsabfeuer zum Aufwärmen und rufen im Kreise herum, stöckern in der Glut und machen in kurzen Sätzen unsern Grimm ein wenig Luft. „Doch grad wir nicht abgelöst werden! Die Divisionen vom 21. März liegen längst in Ruhe und haben den ganzen Winter über nichts getan“, sagte ich grunzig. „Das liegt bloß an unserm General, der kriegt gar nicht genug bei der Lorbeerernte.“ „Warum geht's denn bei den anderen? Wir liegen schon länger hier wie die Division, die wir ablösen müssen, und haben den dreißigen Winter hinter uns. Da verziehen sie immer das Maul so geringschäßig, wenn sie hören: Ersatz-Regiment, Ersatz... Wird aber kein Garde-Regiment da sein, das so viele Gefechtsstage beizammen hat im letzten Jahre wie wir. Und so viele Verluste — und so wenig Ruhe!“, „Mit wenn der General einmal in die Hände laufen würde, dem tät' ich's rundweg ins Gesicht sagen.“

Mit einem Male wird der Nebel dünner; es mag 8 Uhr vormittags sein, als die Sonne durchbricht. „Seuer aus! Erde wird über die Glut geworfen. Ein laßend sonniger Tag zieht sich die Schleier vom Gesicht. In den Bäumen über uns jagen ein paar Vögel. Wir horchen und lägen nichts mehr. Jeder denkt nach, wie wahr das ist, was wir vorhin besprochen haben. Bald werden statt Vögel wieder die Granaten jagen. Wir überlegen schon, wo wir uns heute den Tag über verstecken werden. Da sehen wir, wie aus der Ortschaft zwei Reiter herauskommen, vermutlich ein paar verirrte Stabsbullen, die uns das Feuer auf den Hals hegen, und dann wieder nach hinten galoppieren. Ergrimmte sehen wir alle den Reitern entgegen, und plötzlich erkennen wir bei einer Wendung des Kopfes, wer da kommt: Unser General! „Wenn man den Wolf nennt — kommt er g'rennt!“ jagt der Katz. Der General sucht etwas. Da — jetzt sieht er uns und reitet heran. Alle schauen ihn an, und ich sehe seine klaren grauen Augen uns fragend anblicken. Keiner steht auf, keiner macht Meldung; wir können jetzt nicht so unehrlich sein, wo wir doch vorhin erst

„Gut! Morgen, Leute!“ redet der General uns an. Keiner antwortet. Nur ich springe auf und sage: „Gut! Mor-

gen!“ Da war der General schon vom Pferd gesprungen und trat an unseren Haufen heran, erregt fragend: „Was ist mit euch los, wo fehlt's denn, Leute?“ Da nehme ich mir ein Herz, als ich sehe, daß mich alle auffordern mit den Augen: Red' du! Ich knalle die Hände zusammen und melde: „Sechste Kompanie in Bereitschaft!“ Langsam geht der General auf mich her und schaut mir gerade in die Augen, aber ich sehe wie ein Baum und schaue ihm kühn und vorurteilslos ins Gesicht. Da reißt er mir die Hand und fragt teilnehmend: „Na, wo fehlt's denn, raus mit der Sprache!“ „Aberall, Erzellenz: an der Verpflegung und an der Kraft. Wir können einfach nimmer, wir sind tobtöde. Ablösung brauchen wir, Ablösung!“ „Nanu! Wenn das ein anderer sagen würde, aber Sie! Wie heißen Sie gleich wieder?“ Ich sage meinen Namen. „Richtig, habe ich gestern gelesen: Sie sind zum E.K. 1 vorgeschlagen.“ „Ich verzichte, Erzellenz!“ „Erstrecken schaut er mich an: „Was soll das heißen?“ „Es wäre eine Beleidigung für meine anderen Kameraden, eine Zurücksetzung.“ „Ja, weshalb denn, mein Lieber?“ „Weil jeder von denen da es genau so gut verdient hätte, nicht nur ich allein; das wäre ungerecht, Erzellenz. Den Vorschlag bitte ich zu streichen, denn ich muß Ihnen etwas anderes erzählen, woran Sie keine Freude haben werden.“ „Sie sind ehrlieh, Unteroffizier; aber es freut mich, daß Sie den Mut haben, mir das ins Gesicht zu sagen.“ Wir haben vorhin erst über Sie g'eschimpft, Erzellenz!“, „Das kann ich mir denken. Warum denn nur?“ Wir haben davon gesprochen, daß andere Divisionen längst abgelöst sind, die bei weitem nicht so mitgenommen wurden wie wir. Und haben gemeint, es brauchte nur ein Wort von Ihnen, dann wird endlich die Division herausgezogen und kommt in Ruhe.“ „Meinen Sie, das ist so einfach? Wir waren ja schon abgelöst und mühten noch einmal eingeklagt werden, weil die Lage es erforderte. Ich kann sogar stolz darauf sein, und ihr auch, Leute, daß man uns soviel Kraft vertraut. Ihr werdet mich doch nicht im Stiche lassen, dann sollt ihr mal sehen!“ „Das tun wir nicht, Erzellenz; so meinen wir es auch nicht. Wir denken halt, es ist ungerecht, von einem alles zu verlangen und den anderen nachzugeben. Und wir sind besser verbraucht als die anderen, direkt verbrannt. Und die Verpflegung ist miserabel. Bisher hat's geheißen, die Kolonnen müssen Granaten fahren, und das haben wir gelten lassen; aber jetzt, wo die Bahn im Betrieb ist, wo bei Harbournieres ein Riefendepot aufgefüllt ist, könnte sie schon

längst besser sein.“ „Seit einer Woche schon muß es volle Rationen geben; habt ihr nicht mehr bekommen?“ „Nein, es ist im Gegenteil noch schlimmer geworden.“ „Ich werde nachsehen, ob die anderen Bataillone auch so schlecht versorgt sind.“ „Durch die Bank, wir fragen ja einander.“ „Aber Ablösung kann ich nicht versprechen, ich werde aber für eine Herausnahme in allernächster Zeit sorgen.“ „Wenigstens eine Ausfahrt, eine Hoffnung. Solange haben wir's schon noch. Die Verluste in diesem Abschnitt haben uns klein gemacht, daß wir eine ordentliche Stellung nicht mehr befehlen können, wie es sein sollte. Es hängt so alles nur an dem Dugend Alten, die noch übrig sind.“ „Ich danke Ihnen, Unteroffizier, für Ihre Aufrichtigkeit. Ich hölle auch, daß Sie sich in absehbarer Zeit das selbstverdiente E.K. 1 bei mir noch holen.“ „In der nächsten Schlacht, Erzellenz, wenn ich Glück habe.“ „Schneidige Soldaten haben immer Glück!“ „Das weiß ich, aber zur Schneid muß man Kraft haben.“ „Die bekommt ihr wieder. Ich bin kein Tyrann.“ — Guten Morgen, Leute!“

Aus dem Kapitel

Die zweite Marne-Schlacht

Wie spät ist es denn eigentlich geworden? 12 Uhr 30? Ist denn meine Zwiebel verrückt? Stehe ich wirklich schon zweieinhalb Stunden hier und knalle Franzosen ab? Unglaublich, wie die Zeit vergeht, wenn man intensio arbeitet. Einen Durst habe ich, einen Durst! Und keinen Tropfen mehr in der Flasche. Alles an mir sinkt nach und nach faulen Eiergeruch verbrannten Pulvers. Meine Hände sind schwarzblau überhaudet vom Pulverstaub — und mein Gesicht — selbst mein halbblinder Taschenspiegel läßt erkennen, daß ich einem Komikerher Konkurrenz machen könnte. Aussehen wie der Teufel!

Ich glaube, mich haben sie beim Bataillon und bei der Gluck! „Das weiß ich, aber zum Schneid muß man Kraft haben. Der Platz, auf dem ich stehe, ist viel günstiger als die alte Stellung dahinten. Außerdem fällt es mir nicht leicht, ihn zu verlassen, jenen Platz, den ich mir allein erobert und gegen Hunderte von Franzosen verteidigt habe. Der Ort ist günstig. Von hier aus kann ich wie durch eine Gasse gut 150 Meter zurückschauen und zugleich das Kornfeld und die Königswiese im Auge behalten, ohne selbst vorne gesehen zu werden. Aber sehen darf ich mich nicht, weil ich sonst sofort einschläfe bei dieser drückenden Bruthitze.“

(Fortsetzung folgt.)

Die entlassene Lage der entlassenen Reichswehrangehörigen.

Schnellgericht gegen meuternde Matrosen

Kiel, 23. Oktober. Am Donnerstag begann vor dem Schnellgericht im Hollenauer Hofhaus das Verfahren gegen die deutschen Seeleute, die während des Luftkriegs in russischen Häfen einen wilden Streik durchgeführt hatten. Die angeklagten fünf meuternden Heizer des Hamburger Dampfers „Alta“ wurden auf Grund des Paragraphen 101 der Seemannsordnung (gemeinsame Verweigerung des Gehorsams), zu je zwei Monaten Gefängnis und Strafbefehl wegen aufrechterhalten, weil besonders im Hinblick auf eine mögliche russische Unterstützung Fluchtwort vorliegt.

Aus der Vernehmung der fünf Angeklagten und der Zeugen ergab sich, daß die Heizer und zwei Matrosen der „Alta“ am 6. Oktober an einer Versammlung im Leningrader Seemannsklub teilnahmen, in der erst durch das Eingreifen eines russischen Drahtziehers ein Streikbeschluss erzwungen wurde. Von den etwa 300 Anwesenden stimmten 231 für den Streik, 10 dagegen. Am 7. Oktober morgens streikten fünf Heizer der „Alta“. Die Matrosen nahmen die Arbeit wieder auf. Am 8. Oktober wurden die Matrosen sowie ein Heizer, der arbeitete, von einem Rolfkommando der Streikenden gewaltsam von Bord geholt und zum Streikfessel gefesselt. Der Heizer wurde dabei geschlagen und mißhandelt. Der Kapitän rief vergeblich nach polizeilichem Schutz, als das Rolfkommando an Bord kam. Sein Agent rief ihm sogar, gegen das Rolfkommando nicht Gewalt anzuwenden, weil er sonst nur die Russen verhaften würde. Als das Schiff am 11. Oktober abends fertig war, verweigerten die Heizer die Arbeit. Es kamen erneut Rolfkommandos an Bord, rissen die Feuer unter den Kesseln hervor und setzten schließlich einen Posten an Bord, der das Auslaufen verhindern sollte.

Anschießend sollte das nächste Schnellgericht zusammentreten. Da aber die beiden zuletzt angekommenen Dampfer „Mittels Ruff“ und „Rosa“ keine Meuterer an Bord hatten, wurde nicht in die Verhandlung eingeleitet.

Calmette als Zeuge

Lübeck, 22. Oktober. Zu Beginn der Donnerstag-Verhandlung wurden von der Verteidigung verschiedene Beweisanträge gestellt, die außerordentliches Aufsehen erregten. Der Verteidiger Professor Denke beantragte die Vernehmung eines bulgarischen Arztes über die umfangreichen Schädigungen, die im Jahre 1927 nach der Anwendung des BCG in einer bulgarischen Stadt eingetreten seien. Bereits damals habe sich ein ähnliches Unglück wie in Lübeck ereignet.

Die Dorgehörte dazu ist ein Brief eines Dr. Slivenki an Professor Dr. Denke, in dem mitgeteilt wird, daß in den Jahren 1927 bis 1929 in Pernik (Bulgarien) von 250 mit Calmette-Präparaten geimpften Kindern 90 gestorben seien. Einen ähnlichen Brief hat auch der Sachverständige Prof. Dr. Much erhalten.

Der Verteidiger Dr. Altmanns, Rechtsanwalt Hoffmann, beantragt die Ladung von Professor Calmette als Zeugen. Er solle sich über den Erfolg von Calmette äußern, in dem es heiße, daß Calmette habe sich als nützlich erwiesen und könne überall angewendet werden. Auch darüber sei Calmette zu hören, daß bis zum 1. Juli 1929 in Frankreich 377 288 Kinder ohne irgendwelche Folgen geimpft worden seien.

Rechtsanwalt Frey beantragt die Ablehnung der Beweisanträge. Man habe hier nicht zu erörtern, ob das Calmette-mittel gut, sondern ob die von Calmette vorgeschriebenen Maßnahmen auch in Lübeck durchgeführt worden seien. Man müsse Calmette in Schutz nehmen, denn das, was in Lübeck benutzt worden sei, sei kein Calmette-Mittel, sondern ein Denke-Mittel.

Oberstaatsanwalt Dr. Eienau weist die Behauptung Dr. Freys sehr erregt zurück: „Ich habe als Oberstaatsanwalt die heilige Pflicht, auch das Interesse der Angeklagten zu wahren und dafür zu sorgen, daß jedem sein Recht werde. In der Anklage wird niemals behauptet, daß Professor Denke die Kulturen anders als nach den Vorschriften Calmettes behandelt habe. Die Anklage ist lediglich auf Fahrlässigkeit erhoben worden und geht durchaus nicht davon aus, daß das Mittel für irgendwelche wissenschaftliche Versuche an Menschenkindern benutzt wurde.“

Das Gericht beschloß, über die Beweisanträge später zu befinden.

Drei Arbeiter tödlich verunglückt

Trostberg (Oberbayern), 22. Okt. Donnerstags vor-mittag hat sich bei den **Bahrischen Städtewerken** in Trostberg an der Alz in Oberbayern ein schweres Unglück ereignet, dem drei Arbeiter zum Opfer gefallen sind. Aus der Werksleitung völlig unbekannten Gründen bestieg ein Arbeiter einen leeren Kalfbunker, in dem sich Stidgale befanden. Der Arbeiter wurde sofort getötet. Ein zweiter Arbeiter, der seinem Kollegen zu Hilfe kommen wollte, wurde gleichfalls getötet. Das gleiche Schicksal erlitt ein dritter Arbeiter; ein vierter konnte sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen und die Rettungsmannschaft verständigen. Die sofort vorgenommenen Wiederbelebungsversuche bei den anderen drei betäubten Arbeitern blieben erfolglos.

Ein ganzes Dorf gespändet

In einer kleinen süddeutschen Dorfgemeinde Holzheim bei Reuß spielte sich kürzlich eine Tragödie ab, die selbst in der gegenwärtigen Zeit Gottseidank noch einzig dasteht. Ueber Nacht ist aus der wenig mehr als 2000 Seelen zählenden Ortschaft ein Elends-flecken geworden. Der Gerichtsvollzieher erschien bei 250 Einwohnern des Ortes und pfändete sämtlich

Das Jahr 1931 bringt dem Reichsheer und der Reichsmarine die bisher höchste Zahl der Entlassungen. 13 000 Mann, früher Militär-, heute Verordnungsanwärter genannt, ziehen den grauen oder blauen Rock aus und wollen in das Berufsleben eintreten. Sie haben ihre zwölfjährige Dienstzeit hinter sich; 1919 sind sie eingetrent. Wenn auch jetzt, am 1. Oktober, die Mehrzahl der diesjährigen Verordnungsanwärter aus dem Reichswehrdienst ausgeschieden ist, so waren doch schon in der Zeit von Januar bis heute Entlassene zu verzeichnen, und das geht fort bis zum Ende des Jahres, weil ja 1919 für den Eintritt in die Reichswehr kein bestimmter Termin festgelegt war. Ist jemand am 17. Oktober 1919 eingerückt, dann wird er erst am 17. Oktober ausscheiden.

Also: 13 000 Männer verlassen die Wehrmacht; vor 12 Jahren traten sie in der besten Zuversicht ein, nach langem Dienst am Vaterlande eine gesicherte Existenz als Beamte zu finden. Haben schon die letzten Jahre in dieser Hinsicht sehr schlimme Enttäuschungen gebracht, so ist die Lage der Verordnungsanwärter im vergangenen und in diesem Jahre geradezu katastrophal geworden.

Die Zahlen von 1930 geben davon ein ungefähres Bild und einen geradezu trostlosen Ausblick: 10 000 Mann sind im letzten Jahr aus Heer und Marine ausgeschieden — von ihnen konnten 50 Prozent Beschäftigung finden. Insgesamt konnten nur 283 in Beamtenstellen unterkommen! Vorübergehend bei Behörden konnten 800 beschäftigt werden, im freien Erwerbsleben 400, vorübergehend im freien Erwerbsleben 800.

Gegenstände, im Wohnhaus, im Stalle, in den Scheunen, selbst das Land, allen Besitz, den die Leute in Lebens-ja Generationsarbeit erwarben. Ursache des über die Gemeinde heringebrochenen Unglücks sind verantwortungslos Kreditgeschäfte der Spar- und Darlehnskassen, einer Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung, **Sozialerwerbsbank des Reichsverbandes.** Der Reichsverband in Koblenz hatte die Pflicht, die von ihm abhängige Holzheimer Darlehnskasse zu beaufsichtigen. Diese Aufsichtspflicht wurde aber nicht wahrgenommen, denn sonst wäre es unmöglich gewesen, daß ganz sinnlos an Leute Kredit gegeben wurde, von denen man wissen mußte, daß sie später nicht würden zurückzahlen können.

Die ganze Drifft steht durch diese geradezu verbrecherische Kreditwirtschaft vor einem Nichts. Die Geldgeber der Genossenschaft treiben rücksichtslos ihre Forderungen ein gegen deren Mitglieder, die mit ihrem ganzen Vermögen für die Genossenschaft haften. Die Drifft hat sich jetzt an die Preußenregierung um Hilfe gewandt, die jedoch bei den derzeitigen Verhältnissen sehr fraglich ist. Es ist höchste Zeit, daß im deutschen Wirtschaftsleben einmal rücksichtslos mit diesen oder ähnlichen Auswüchsen aufgeräumt wird durch ein starkes Regiment, das den Arbeitsvertrag schützt und gewissenlose Gauner dahin bringt, wo sie hingehören.

Matuschka war drei Tage in Via-Sorbagh.

Budapest, 22. Oktober. Bei der Besichtigung der Altentatsstelle von Via-Sorbagh durch die führenden Untersuchungsbeamten, an der von deutscher Seite Gemat und Berndorf teilnahmen, stellte es sich heraus, daß Matuschkas Angaben über die Umgebung des Viadukts genau stimmen. Er hat die Gegend vor dem Altental auf das genaueste studiert. In der Nähe Viadukts genau stimmen. Er hat die Gegend vor Weinbergshütte gefunden. Er hat darin drei Tage und drei Nächte zugebracht, um den Anschlag genau vorzubereiten. Der Besitzer des Weinberges sagte aus, daß er j. St. Stroh und Heu in der Hütte gefunden habe. Matuschka hat sich dieses Heu und Stroh verschafft, um in der verlassenen Hütte schlafen zu können. Von der Hütte aus hat er die furchtbare Wirkung seines Anschlages beobachtet.

50 Tote auf den Salomon-Inseln.

London, 22. Oktober. Durch das Erdbeben auf den Salomon-Inseln am 14. Oktober haben fünfzig Menschen das Leben verloren.

Amerikanisches Kapital in Deutschland.

Nach einer Statistik des „Economist“ waren in Deutschland im Jahre 1930 243,97 Millionen Dollar in Unternehmungen investiert, die von den Vereinigten Staaten kontrolliert werden. 117,99 Millionen Dollar betragen die sogenannten Portefeuille-Anlagen, das sind die an der New Yorker Börse eingeführten deutschen Aktien und Obligationen. Insgesamt waren also in Deutschland (allerdings ohne kurzfristige Anleihen) ca 6 Milliarden RM. investiert.

Mussolini-Uraufführung in Weimar.

Weimar, 20. Okt. Wie zuverlässig verlautet, hat das Deutsche Nationaltheater in Weimar in diesen Tagen das Recht der alleinigen deutschen Uraufführung für das Drama „Campo di Maggio“ von Benito Mussolini erworben. Das Werk trägt im Deutschen den Titel „Hundert Tage“ und behandelt die für Napoleon I. entscheidende Episode von der Schlacht aus Elba bis zum Tage von Waterloo.

Es erregte im Vorjahre Aufsehen, als man hörte, daß der Staatsmann Mussolini auch als Dramatiker tätig sei. Idee und dramaturgischer Plan stammen ausl. von ihm, während er die dramatische Formung gemeinsam mit dem italienischen Schriftsteller G. Sordano durchführte. Das Werk, das drei Akte mit acht Bildern umfaßt, ist bisher nur in Rom und Budapest herausgekommen. Wie verlautet, hat Mussolini sich sehr zustimmend darüber geäußert, daß gerade Weimar die alleinige deutsche Uraufführung über-

Hieraus kann man ersehen, wie es um die 13 000 Entlassenen dieses Jahrganges steht. An zuständiger Stelle schätzt man die Zahl der Leute, die man unterzubringen hofft, auf höchstens 1000 Mann, die jedoch erst im Laufe von einigen Monaten die Möglichkeit einer Anstellung finden. Was aber wird aus den anderen 12 000 Mann? Was wird aus den Tausenden, die noch vom letzten Jahrgang, ohne Arbeit gefunden zu haben, übriggeblieben sind und zu denen noch die Tausende des kommenden Jahrgangs hinzukommen?

Frägt man an zuständiger Stelle, welche Berufe die Verordnungsanwärter ergreifen wollen, so lautet die Antwort: **Saß alle wollen Beamte werden.** Soldaten- und Beamtenberuf sind nun einmal eng miteinander verbunden, und daran kann auch die heutige Zeit nichts ändern. Vor nicht allzu langer Zeit waren freigewordene Beamtenstellen bei den Reichsbehörden bis zu 90 Prozent für die Verordnungsanwärter vorbehalten; doch die Entwicklung der jüngsten Zeit und die scharfen Sparmaßnahmen haben diesen Prozentsatz ganz beträchtlich verringert. Hinzu kommen noch die inzwischen aufgerückten Zivilanwärter, die ebenfalls auf die freien Stellen reflektieren. Der Soldat — so wird an maßgebender Stelle betont — hat einen Anspruch darauf, in erster Linie berücksichtigt zu werden, denn er hat in der Vorausbildung, später verpflegt zu sein, mit dem Reich einen Vertrag auf 12 Jahre abgeschlossen. Dabei muß bedacht werden, daß er nicht wie der Zivilanwärter gegebenenfalls sich umstellen kann; ein Mann, der seine zwölfjährige Dienstzeit hinter sich hat und über die Dreißig ist, kann nicht so ohne weiteres umstellen.

nehmen will. Nach seinem Wunsche wird die deutsche Uraufführung im Januar kommenden Jahres stattfinden und zwischen der Londoner und der Pariser Uraufführung liegen. An der Weimarer Uraufführung werden voraussichtlich neben dem Schriftsteller Sordano noch besondere italienische Vertreter teilnehmen. Die Inszenierung wird vom Generalintendanten Dr. Ulbrich persönlich befohlen werden.

Zusammenarbeit der Unterwerferstädte

Die Industrie- und Handelskammer Wefermünde hat an die Regierung in Stade und an den Senat in Bremen ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: Die Industrie- und Handelskammer Wefermünde hat sich schon immer zu der Auffassung bekannt, daß die gegenwärtige Bepflanzung zwischen den beiden Städten Wefermünde und Bremerhaven auf den verschiedensten kommunalen und staatlichen Verwaltungsbereichen Lehrlauf und Geldübergabe bedeutet. Die Kammer hatte es daher lebhaft begrüßt, als der preussisch-bremische Staatsvertrag vorschlug, daß auch auf kommunalem Gebiete in gemeinsamer Arbeit Maßnahmen so getroffen werden sollten, als ob Landesgrenzen nicht vorhanden wären. Umso mehr muß die Kammer bedauern, daß der preussisch-bremische Staatsvertrag auf kommunal-politischem Gebiet trotz der Not der Zeit bisher keine Früchte getragen hat. Gemäß dieser grundsätzlichen Einstellung erkennt die Industrie- und Handelskammer die Initiative des Magistrats und der Stadt Wefermünde im Grunde nach als berechtigt an und stimmt den Erklärungen der Stadt Bremerhaven ebenfalls zu, daß Verwaltungsgemeinschaften auf den verschiedensten Gebieten spätestens bis zum 1. April 1932 in Kraft treten sollten. Die Industrie- und Handelskammer Wefermünde richtet daher an die Regierungen der Länder Preußen und Bremen die dringende Bitte, nunmehr mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß eine möglichst weitgehende Zusammenarbeit zwischen den beiden Städten beschleunigt durchgeführt wird. Dabei glaubt sie, daß in Anbetracht des Ernstes der gegenwärtigen Lage es möglich sein muß, dieses Ziel noch vor dem 1. April 1932 zu erreichen. Sonderinteressen der beiden Nachbarstädte müssen hinter dem Großziel der Zusammenarbeit zurücktreten.

Aufruf

zum „Winterhitz“-Fußballmatch: Stadttheater Bremen gegen Horag

„Wo schöne Künste sonstigen waltan,
Wie mag sich da der Sport gestalten?“
So wird sich heute mancher fragen
Im Hinblick auf den grimmigen Hagen,
Der sich als Fußballmatador
Geschickt verhängt am Horagator;
Indessen Serbi spricht in Stimmen:
„Mir ahnt, daß wir doch gewinnen.“
Wer wird die „Elf“ zum Siege führen?
Und wer den Match „Kunstvoll“ verlieren?
Kommt Sonntag nur ins Stadion
Und — überzeugt Euch selbst davon!

Ausstellung:

Stadttheater Bremen:

1. Halbzeit:

D. Hornes

M. Lang T. Frank

Jelinda J. Rühau R. Rottenfester

M. Thomalla W. Lappe H. Adler G. Plato A. Garbelmann

2. Halbzeit:

S. Ahnelt

M. Lang T. Frank

W. Kasper W. Lappe R. Rottenfester

M. Thomalla W. Broß H. Adler G. Plato H. Käßner

Anstos: Beate Roos-Reutter.

Linienrichter: Georg Schmidt, Hans Parge.

Horag:

1. und 2. Halbzeit:

W. Hagen

E. Bolt B. Jaksthat

L. Proskauer B. Gregor H. Groh

S. Kranz H. Marek Siehe R. Krug K. Pündter

Batas Herrenschuhe für 2,45 Ml. — Ignaz Petschek ist steuerfrei — Caland sorgt für Kapitalverschiebung.

Von Dr. Paul Bräsch.

Keinen Deut besser ist Batas Landsmann Ignaz Petschek aus Uussig. Ein tschechischer Großbediener, der seit Jahr und Tag die Arbeiter, Angestellten und Aktionäre der ostelbischen, demnächst auch

Neuerdings ist ferner ein neues, wenn auch flei-

Das sind nur einige Beispiele von vielen, die beweisen, welche parasitären Erscheinungen sich die gegenwärtige Notlage der deutschen Wirtschaft nach Kräften nutzweisen, und daß es wirklich für die verantwortlichen Stellen im Reiche, insbesondere für die Referenten des Reichswirtschaftsministeriums, höchste Zeit geworden ist, hier gründlich Wandel zu schaffen.

Herausgeber Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hansstark von Söbard; für den Anzeigenenteil C. H. Gildner; sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Druck: Kempe & Co. Druckereigesellschaft m. b. H. Bremen. Für unerlangt eingeleichte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch für die zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

i - Gesellschaft m. b.
mmelnummer 28055

Druckerei - Gesellschaft m. b. H.
Sammelnummer 28055

Der Worte sind genug gewechselt . . .

„Uns imponiert weder das Sammern noch das Drohen der Volkspartei“

Die national-liberale Korrespondenz, der amtliche Pressedienst der Deutschen Volkspartei bringt in seiner letzten Nummer im Zusammenhang mit einem Rückblick auf die Bremer Finanzpolitik Auslassungen von Senator Dr. Stahlknecht, die dem Sinne nach in der Behauptung gipfeln: die Koalition in Bremen mit der SPD. sei innerlich gebrochen und es habe die Volkspartei außerordentlich überrascht, daß die von der nationalen Opposition gestellten Mißtrauensanträge gegen den Senat durch Antrag der Deutschnationalen vertagt worden seien. Dr. Stahlknecht soll diese Ausführungen auf einer Mitgliederversammlung der Volkspartei gemacht haben, über die auch die Schünemann-Presse ausführlich berichtet hat. Während die Bremer Nachrichten diesen Satz unterschlagen, unterschreibt ihn die Weiser-Zeitung ganz besonders mit der deutlichen Absicht, den Nationalsozialisten die Verantwortung für ein Mißlingen der Senatsumwandlung in die Schuhe zu schieben.

Wir wollen zu Gunsten von Senator Dr. Stahlknecht annehmen, daß er den Satz nicht so formuliert hat, wie ihn die Weiser-Zeitung bringt und wir weisen die völlig ungerechtfertigte und unfaßliche Darstellung der Weiser-Zeitung auf das Entschiedenste zurück. Die Zeit ist vorbei, in der man über die Nationalsozialisten durch Umfälschung der Tatsachen herfallen konnte. Die Weiser-Zeitung weiß ganz genau, daß von der nationalen Opposition besonders seit den Staatsverhandlungen in klarer und eindeutiger Linie Sturm gegen den Senat gelaufen worden ist. Trotz des Zusammenbruchs der bremischen Finanzpolitik für die auch nach Ansicht der Deutschen Volkspartei der gesamte Senat verantwortlich ist, erfolgte kein Rücktritt des Senats. Die nationale Opposition hatte des öfteren der Volkspartei Gelegenheit gegeben, mit ihr über eine Umwandlung des Senates zu verhandeln. Die Volkspartei hat es stets bei Worten bewenden lassen und die Tatsachen geschaut. Nach diesen Erfahrungen mußte die Opposition damit rechnen, daß ihr Mißtrauensantrag von der Volkspartei nicht unterstützt würde.

Aus diesen politischen Erwägungen heraus war es notwendig, diesen Antrag solange zurückzuziehen, bis durch die Ueberarbeitung der von der Opposition gestellten Anträge neues belastendes Material gegen den Senat gesammelt war, um dann zu einer gemeinsamen Aktion sich zusammen zu finden. Diese Zusammenhänge müßten jedem Bürgerchaftsmitglied, also auch der Volkspartei, klar sein und so konnte sie der Schritt der Deutschnationalen weder überraschen noch verwundern. Wir sehen vielmehr in dem ganzen Manöver den kümmerlichen Versuch, sich von der Verantwortung zu brüden und sie den Nationalsozialisten zuzuschreiben.

Die Volkspartei soll nicht verkennen, daß in der bremischen Bevölkerung sich in immer steigendem Maße eine starke Erregung breit macht, die sich in erster Linie gegen die Volkspartei richtet, da sie noch immer der Steigbügelhalter für den Marxismus in Bremen ist. Das überrascht die bremische Bevölkerung umso mehr, als gerade von Seiten der Sozialdemokratie die Volkspartei in ehrenrührigster Weise fortgesetzt angegriffen wird. Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, wie rasch die Volkspartei auf sachliche Angriffe der „M.Z.“ eingeschlagen ist und wir können es in der Tat nicht verstehen, wie ein Senator Stahlknecht sich von dem „Regierungsblatt“ Dinge sagen läßt, die eine Oppositionspartei sich nicht gefallen lassen würde. Wir zitieren aus dem Hefblatt nur folgende Sätze, die gestern erschienen:

Man kennt diese Taktik der Volkspartei: Da sie eine grundsätzliche Politik nicht mehr betreiben kann, macht sie ihre Sympathie oder Antipathie zu dieser oder jener Koalition davon abhängig, was eine Zeitung schreibt oder ein Redner spricht. Vermöbelt das Nazisblatt die Volkspartei, dann schwemmt sie gleich nach links und ruft die Helfersherren der Sozialdemokratie herbei. Kriegt die Volkspartei aber einzelne ihrer Vertreter „kattun“ von der „Volkspartei“ oder von einem sozialdemokratischen Bürgerchaftsvertreter, dann rennen die Geschlagenen sofort an den Busen der Nationalsozialisten und weinen sich dort aus: Seht doch, was die Nazis für schlechte Kerle sind! Wollt ihr uns nicht helfen, den Marxismus zu überwinden?! Aufsehnend ist bei der Volkspartei das Gefühl verloren gegangen, wie charakterlos ein solches Hin- und Herrennen und -flennen ist! **Uns imponiert weder das Sammern noch das Drohen der Volkspartei!**

Die Stellungnahme der Rechtsopposition ist nicht nur eine Ueberraschung, sondern auch eine Blamage für die Volkspartei; denn nichts ist blamabler als mit dem Brautstrauch in der Hand zu antizipieren und dann von der Braut just in dem Augenblick, wo man ihr mit gebeugtem Knie den Strauß überreichen möchte, einen Fußtritt zu erhalten, so daß der vorreife Brautgarn gleich die Treppe herunterfällt!

Die Deutsche Volkspartei hat in der Tat ihren einst so guten Ruf in Bremen verloren, weil sie sich zum Bräutigam der Nazis gemacht hat, weil ihre hiesigen Führer im Gegensatz zur Reichstagsfraktion es noch heute fertigbringen, sich gegen das nationale Deutschland zu stellen, weil im Gegensatz

zu ihren Wählern die Parteileitung in Bremen noch nicht begriffen hat, daß heute dank des zwölfjährigen Kampfes der Nationalsozialisten die Kräfte vorhanden sind, den kultur- und staatszerstörenden Marxismus zu überwinden.

Die Volkspartei, die Partei ohne Volk, trägt allein die Verantwortung dafür, daß die Entwicklung in Bremen für einige Zeit gehemmt ist und sie hat sich auf die gleiche Stufe wie die Wirtschaftspartei gestellt, die aus erbärmlichem Krämergeist heraus noch einmal das heutige System gerettet hat. Wir

Nationalsozialisten stehen Gewehr bei Fuß und warten. Die Zeit, jeder Tag, arbeitet für uns und die Abrechnung wird nicht ausbleiben. Wer nicht mit uns sein will, wird gegen uns sein und heute glaubt uns der überwiegende Teil des deutschen Volkes und in rasch zunehmendem Maße auch das Ausland, daß wir die politische Macht bald in den Händen halten werden. Darum sagen wir Herrn Senator Dr. Stahlknecht und der Deutschen Volkspartei:

Der Worte sind genug gewechselt
läßt uns nun endlich Salen sehn.

art.

Aus Bremen Stadt und Staat

Hausfrauen, auf Euch kommt es an!

Die vielerorts in Deutschland augenblicklich und in nächster Zeit zur Durchführung gelangenden „Deutschen Wochen“ sollen die Verbraucher auf darauf aufmerksam machen, daß es im Interesse einer Gesundung der deutschen Volkswirtschaft darauf ankommt, soviel wie möglich deutsche Ware zu kaufen und den Kauf ausländischer Erzeugnisse zu vermeiden. Diese Mahnung ist nun um so berechtigter, als es eine Unmenge von Erzeugnissen der deutschen Landwirtschaft, des deutschen Handwerks und der deutschen Industrie gibt, die keine Konkurrenz mit dem Ausland zu scheuen brauchen, dabei oft wesentlich billiger sind, als vom Ausland eingeführt. Die Verbraucherfrage ist aber in Wirklichkeit niemand anders als die deutsche Hausfrau, durch deren Hände jährlich etwa 25 Milliarden Reichsmark wandert. Diese Riesenzahl beweist schlagend die ungeheure große Verantwortung, die die deutsche Hausfrau heute trägt. Sie ist also heute derjenige Faktor, von dem mehr oder weniger Gedeih oder Verderb des ganzen deutschen Volkes abhängt. Kauft sie deutsche Ware, so bleibt das Geld im Lande und gibt einer großen Zahl von Volksgenossen, die heute ein mehr oder weniger kümmerliches Dasein fristen, Arbeit und damit Brot. Die deutsche Hausfrau muß sich der Größe ihrer Aufgabe bewußt sein, und ihrerseits mithelfen am Wiederaufbau.

Hausfrauen, auf euch kommt es an!

Eisenverbindungen in Bremerhaven.

Die Einigkeitsbestrebungen in Bremerhaven, die sich bei Aufstellung der bürgerlichen Listen für die Stadtverordnetenwahl verslagten hatten, werden durch eine nunmehr vollzogene Eisenverbindung sämtlicher bürgerlicher Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten Wirklichkeit. Die Deutsch-nationale Volkspartei ist mit der Wirtschaftsfraktion Eisenverbindung eingegangen, jedoch jetzt bei geschlossener Front des Bürgertums Stimmverluste, die bei der bisherigen Zersplitterung unausbleiblich gewesen wären, ausgeschloffen sein dürften.

Nationalsozialistische Frauenschaft gegründet

Leer, 22. Oktober. Hier fand die Gründungsversammlung der Nationalsozialistischen Frauenschaft statt, die sämtliche weiblichen Mitglieder der Ortsgruppe Leer der NSDAP. umfaßt. Die Gruppe umfaßt 24 Frauen und Mädchen und untersteht der Ortsgruppenleitung.

Staatliche Preistafeln umgezogen. Der Leiter der staatlichen Preistafeln und die staatliche Preistafel haben ihre Büroräume aus dem Rathaus nach Stintbrücke 5, 1. Stock, verlegt. Fernsprechanschluß: Domsheide 22501, 22591 (Rathauszentrale); Nachruf (nach 8 Uhr abends) D. 29030.

Schwer geschädigt wurde ein Landwirt in Grambiermoor. In der Nacht zum 6. Oktober wurde ein ihm gehörendes Rind auf einer Weide an der Wallerfäule erschossen. Vermutlich haben die Täter das Tier festhalten wollen und sind bei der Ausführung der Tat gestört worden. — Eine wertvolle türkische Mohausente wurde in der Nacht zum 19. Oktober vom Schwänze mit im Bürgerpark entwendet. Sollte das gestohlene Tier zum Kauf angeboten werden, wolle man die Polizei benachrichtigen.

Entwendet wurde in einem Versammlungslokal eine Brieftasche mit Führerschein und anderen Papieren. Die Tasche trägt die Aufschrift: Pfeilwagen Membrich.

Bremer Volkshochschule. Heute, Freitag, den 23. Oktober, abends 20,10—22 Uhr, hält K. Emde in der Oberrealschule den ersten von drei Vorträgen (Doppelstunden) über Führungen am Sternenhimmel. Karten in den Buchhandlungen von G. Winters, am Wall 161 und K. Anders, Meterstr. 5-7.

Die Veranlassung der Bremer Vorortbahnen G.m.b.H. teilt uns mit: Wie im Vorjahre, wird mit Genehmigung der Polizeidirektion während des diesjährigen Freimarkts vom 21. Oktober bis 1. November einschließlich ein Auto-bus-Nachbetrieb im Anschluß an den Straßenbahnbetrieb eingerichtet. Es ist die gleiche Einlenkung vorgesehen, die sich im allgemeinen Sonntags- und Sonntagsnachbetrieb bewährt hat. Die Wagen fahren von 0,45 ab Markt bis mindestens 2,45 in 10 Stunden Abstand. Es sind jedoch bei Bedarf noch weitere Spätwagen im 1/2 Stunden-Abstand ab Markt vorgesehen. Bei starkem Andrang werden die Fahrt-abstände durch Einbusse vergrößert und nötigenfalls die Autobusse mit Anhänger versehen werden. Es wird noch darauf hingewiesen, daß die Nachautobusse auf Verlangen an allen Straßenbahnhaltestellen halten, die sie berühren.

Umfassendes Winterhilfswerk des DHD. Im Reich, im Saargebiet und Danzig. Die Lage der stollenlosen Kaufmannsgesellschaften ist durch den Abbau der staatlichen Unterstützungen unerträglich geworden. Dieser Not will der DHD durch ein umfassendes Winterhilfswerk der Ortsgruppen

steuern. Der gesamte Aufsichtsrat des Verbandes hat deshalb am 18. Oktober einstimmig beschlossen, zur Durchführung dieses Werkes ab 1. 11. einen Zusatzbeitrag zu erheben. Dieser beträgt monatlich bei einem Beitrag von weniger als 3,50 = 25 Pf., bei einem Beitrag von 3,50 = 25 Pf., 4,50 = 50 Pf., 5, — = 1 M. Die im November und Dezember eingehenden Gelder fließen den Vorständen der Ortsgruppen reiflos zur Verfügung, damit der größten Not unmittelbar begegnet werden kann. Ab 1. Januar 1932 fließen die bis zum 30. Juni 1932 beschlossenen Notopferbeiträge der Stellenlofenkasse des Verbandes zu, deren Ausgaben niedrig gewachsen sind. Beispielsweise zahlte der DHD, im September 1931 280 000 RM. an Stellenlofenunterstützung, während es im Jahre 1930 monatlich durchschnittlich 136 000 M. waren. Die im neuen Jahre eingehenden zusätzlichen Gelder dienen nur der Rücklagenbildung der Stellenlofenkasse, damit diese auch dann allen Gefahren gewachsen ist, die nach menschlicher Voraussicht irgendwie eintreten könnten. Der DHD kann sich nicht dazu entschließen, seine Leistungen abzubauen. Es ist für die finanzielle Schlagkraft des DHD, bezeichnend, daß diese Beiträge nicht zur Aufrechterhaltung des Verbandsapparates benötigt werden, sondern die einkommenden Beiträge ausschließlich den Stellenlosen zugeführt werden.

Zwangsvollstreckungen. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die folgenden Grundstücke am Dienstag, den 8. Dezember, vorm. 11 Uhr durch das hiesige Amtsgericht versteigert werden: 1. Wichmannstr. 28 und 26 des Tischlermeisters Krüger, 2. Uthremerstr. 198 des Diebhandlers Heimbad, 3. Bürenstr. 9 der G. M. Hüfing, 4. Schillerstr. 23-24 der Bremer Handelshaus-Gesellschaft m.b.H., 5. Herderstr. 56 des Kaufmanns Flemming, 6. Verbenstr. 43 des Tischlermeisters Krönke, 7. Bei den vier Linden Nr. 2 und Fleetrade des Maurermeisters Greden, 8. Schwachhauser Ring 151 und Eiderstraße des Kaufmanns Bittroff, 9. Welferstr. 66 des Diebhandlers Behr, 10. Am großen Moorstrand 95 des Arbeiters Brünjes in Timmersloh, 11. Die Meier Märe des Arbeiters Brünjes in Timmersloh, 12. Am großen Moorstrand Nr. 1 des Arbeiters Brünjes jr. in Timmersloh.

Konkurrenz. Ueber das Vermögen des Kaufmanns J. M. A. Planz, Bergstr. 9 (Sattler und Polsterartikel ein gros) ist, nachdem die Eröffnung des Vergleichsverfahrens abgelehnt worden ist, der Konkurs eröffnet und Rechtsanwalt Dr. Abegg, Sögelstr. 49, zum Verwalter ernannt worden. — Ueber das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft E. Dienemann, Hohentorstr. 9-11 (Möbelsstoffe, Sattlerwaren und Capajerbedarfartikel) ist zur Abwendung des Konkurses am 22. Okt. das Vergleichsverfahren eröffnet worden. Zur Vertrauensperson ist Rechtsanwalt und Notar Dr. jur. Hugo Abraham, Oberrstr. 14, ernannt worden. — In dem am 22. Oktober eröffneten Vergleichsverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Gebr. Harjes, Hankestr. 21-22 (Papier- und Schreibwaren-Großhandlung) ist zur Vertrauensperson der beidseitige Buchrevisor Alois Erbrich, Leichenstr. 17, ernannt worden.

1. Philharmonisches Konzert

In einem Brief vom 28. Mai 1844 berichtet Mendelssohn aus London an die Wiener Familie Wittgenstein, die den jungen Josef Joachim seiner musikalischen Förderung und Förderung in Leipzig anvertraut hatte, über das erste Auftreten des jungen Virtuosen im Philharmonischen Konzert in London und schildert die Begeisterung und den Jubel, den dieser durch den Vortrag des Beethovenischen Violinkonzerts bei Publikum und Musikern erregte. Dieser Brief legt zugleich Zeugnis ab von Mendelssohns persönlichem Charakter und edelm Menschentum. Selbst ein vielversprechendes Talent schrieb er mit 16 Jahren die Ouvertüre zu Shakespeares „Sommernachtsstraum“, die das Philharmonische Orchester unter Professor Wendels genialer Ausdeutung in unübertrefflicher Weise als erste Nummer des Konzerts zu Gehör brachte. Wer empfände nicht in unserer alten Romantik und allem Idealismus so abholden Zeit doppelt den Zauber der von Esengestirnen und nächtlichem Waldspuk taumelnden Musik dieses lebenswunderlichen Vertreters der deutschen Romantik? Gegen die klangliche Wirkung dieses Meisterwerkes verblühte das Joachimische Violinkonzert erheblich, gab aber durch seine Instrumentierung desto mehr dem Solisten des Abends, Herrn Büch, Gelegenheit, sein virtuosos Können zu zeigen, das sich nicht nur in der Reinheit des Tones, sondern vor allem in einer feinsinnigsten Technik und einer edlen Vortragweise offenbart, in hellster Licht zu rücken. Sein Spiel erfuhr dabei die kongeniale Unterstützung durch das von Herrn Prof. Wendel inspirierte Orchester. Robert Schumanns Symphonie Nr. 4 in D-moll op. 120 beschloß den Abend. Sie gehört zu den Werken, die seinem Geist in den Tagen jungen Liebesglücks entströmen sind, eine Komposition, die des unglücklichen Meisters trostigen Ringen gegen finstere, feindliche Gewalten bereits eindringlich andeutet. Der Vortrag und die Wirkung dieses prächtigen musikalischen Seelengemäles waren hinreißend, und jubelnder Beifall dankte den verdienten Interpreten deutscher Kunst.

W. Eilers.

Hitlerjugend Bezirk Bremen, Geschäftsstelle Rembertstr. 35
geöffnet täglich von 18—20 Uhr.
Sprechstunden der Mitglieder der Bezirksleitung
Jeden Freitag 20 Uhr Diskussionsabend.